

SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Herausgeber: Bernhard Rapkay MdEP (V. i. S. d. P.)

www.spd-europa.de

EU/EP: Bürokratieabbau Kleinstbetriebe

Brüssel, 14.12.2011

Jutta HAUG:
"Entlastung für Europas Kleinstbetriebe"
Europaparlament billigt Kompromiss zu erleichterten
Bilanzierungsvorgaben für Kleinstunternehmen

Europäische Kleinstunternehmen sollen in Zukunft von unnötigem Bürokratieaufwand befreit werden. Das Europäische Parlament stimmte am Dienstag in Straßburg für neue Regelungen, die eine Entlastung für Europas Kleinstbetriebe ermöglichen. Demnach können Betriebe mit einer Höchstzahl von zehn Beschäftigten sowie einer Bilanzsumme von weniger als 350.000 Euro oder einem Nettoumsatzerlös von maximal 700.000 Euro künftig von einer Ausnahmeregelung profitieren und müssen nur noch eine verkürzte Bilanz beim Unternehmensregister einreichen, die nicht veröffentlichungspflichtig ist.

Jutta HAUG, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, begrüßte das Abstimmungsergebnis: "Eine Entlastung für Europas Kleinstbetriebe war überfällig. Endlich ist der Weg frei. Der kleine Metzgereibetrieb kann so von unnötiger Bürokratie und den damit verbundenen Kosten befreit werden. Nun liegt es in der Hand der einzelnen Mitgliedstaaten, von der Ausnahmemöglichkeit Gebrauch zu machen. In schweren wirtschaftlichen Zeiten ist das ein großer Fortschritt." Da über 93 Prozent der Kleinstbetriebe in der EU lediglich einen lokalen oder regionalen Aktionsradius haben und eine grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit kaum vorliege, bedürfe es hierbei keiner europaweit harmonisierten Vorschriften, erklärte **Jutta HAUG**.

„Seit 2008 fordert das Europäische Parlament Erleichterungen für Kleinstbetriebe, für die Friseurin von nebenan und den Budenbesitzer an der Ecke. Der heutige Tag ist ein Erfolg“, so **Jutta HAUG**. Das Parlament konnte sich in zwei wichtigen Punkten durchsetzen: Unterhalb der genannten Schwellenwerte müssen die Bilanzen der Kleinstunternehmen nicht mehr veröffentlicht werden. Zudem wurden diese Schwellenwerte für die Veröffentlichungspflicht angehoben. „So werden wesentlich mehr Kleinstunternehmen von den Regelungen profitieren und die Einsparungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen können“, so **Jutta HAUG** abschließend.

Für weitere Informationen: Abgeordnetenbüro +32 2 28 47595 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060 (GSM).